

Gastbeitrag bz im August 2015

Klimaschutz ist ein Menschenrecht

Maya Graf, Nationalrätin Grüne BL

Nichts beschäftigt unser Befinden täglich so sehr wie das Wetter: Man freut sich auf die Blütenpracht im Frühling, wartet auf den Schnee im Winter. Nun beginnen sich diese Eckwerte für unsere Landwirtschaft, unsere Gesundheit und unser Ökosystem aufzulösen. Stattdessen gibt es herbstähnliche Winter, weisse Weihnachten gehören der Vergangenheit an. Die Extremwetterlagen nehmen zu. Im Frühling ununterbrochen Regen, darauf mehr als einen Monat tropisch heiss, Felder und Obst verdorren in ungewohnter Hitze. Futter und Wasser werden knapp und Mensch, Tier und Bäume leiden unter den abrupten Temperaturwechseln und neuen Krankheiten.

Für all jene, die nun sagen: „Das ist auch schon früher vorgekommen. Mit Klimawandel hat das nichts zu tun“: Ja, nur Klima ist nicht gleich Wetter. Klima ist das durchschnittliche Wetter von mindestens 30 Jahren. Die Wissenschaft bezieht sich beim aktuellen Klima auf die Referenzperiode 1980 bis 2009. Vergleicht man sie mit der vorindustriellen Zeit, hat sich die Temperatur in der Schweiz bereits um 1,5 Grad erhöht. Mit der Industrialisierung ist die Konzentration des Treibhausgases CO₂ um 40% angestiegen. Es ist die Hauptursache für die Erwärmung des Planeten.

Eine Erderwärmung um 2 °C ist für die Mehrheit der Wissenschaft die kritische Marke: Steigt die Erdmitteltemperatur um mehr, dann werden die Folgen des Klimawandels für Mensch und Umwelt als unbeherrschbar eingeschätzt. Wenn Sie an Ihre Kinder und Enkel denken, möchten Sie wirklich ein solch unkalkulierbares Risiko eingehen? Bei Ihrer Altersvorsorge sind Sie garantiert weniger risikofreudig, in Fragen von Bildung und Erziehung zu Recht anspruchsvoll, wie auch bei der Gesundheitsvorsorge. Doch sind unsere Lebensbedingungen von übermorgen weniger wert?

Nein, und deshalb ist Klimaschutz ein Menschenrecht. Ein Gericht hat jüngst entschieden, dass die holländische Regierung den CO₂-Ausstoss des Landes bis im Jahr 2020 gegenüber 1990 um mindestens 25 Prozent senken muss. Das Urteil stützt sich auf die Analysen des Weltklimarats, der für Industrieländer eine Absenkung von 25–40 Prozent der CO₂-Emissionen bis 2020 als notwendig ermittelt hat, damit die 2 °C-Erwärmung nicht überschritten wird. In der Schweiz hat jedoch der Bundesrat entschieden, das Reduktionsziel bei 20 Prozent zu belassen. Die Grünen fordern 40 Prozent und prüfen nun, den Fehlentscheid des Bundesrats gerichtlich zu korrigieren. Die Petition „Das Klima schützen, bevor es zu heiss wird“ haben innerhalb eines halben Jahres über 100'000 Menschen unterschrieben: Sie fordern eine Energiestrategie, die bis spätestens 2050 vollständig auf erneuerbare Energien setzt und auf Klimaschutz auch in der Entwicklungszusammenarbeit. Vielen Menschen ist es also nicht egal, was morgen ist.

Denn auch Landwirtschaft und Tourismus sind auf eine engagierte Klimapolitik angewiesen. Schon heute sind Hochwasser, Felsstürze und starke Regenfälle eine unmittelbare Bedrohung. Skipisten ohne Schnee und öde Geröllfelder statt schimmernder Gletscher locken keine Feriengäste an. Ich war letzte Wochen mit meinem Mann auf einer Bergtour im Berner Oberland. Auf den Gletscher fehlt der Schnee als Isolationsmaterial. Sie schmelzen sichtbar dahin. Der Gletscherschwund ist beängstigend: wir wanderten an Gletschern vorbei, die noch vor 10 Jahren im Sommer mit Steigeisen und Seil überquert werden mussten. Stattdessen fließt nun das Gletscherwasser Tag und Nacht in tosenden Wasserfällen in die Täler. Gletscher sind unsere wichtigen Wasserspeicher. Was wenn bis zum Ende des Jahrhunderts unsere Gletscher Geschichte sind? Diese Folgen wiegen bestimmt schwerer als die des starken Fränkens.

Ende November steht in Paris die Entscheidung über ein neues globales Klimaabkommen an. Erstmals soll es alle Staaten betreffen - und nicht mehr, wie das Kyoto-Protokoll, nur eine Handvoll Industriestaaten. Für die Schweiz haben die Grünen einen Aktionsplan vorgelegt, wie Bund und Gemeinden das Klima wirksam schützen können. Die Trendwende bei den Treibhausgasen muss innerhalb der nächsten zehn bis zwanzig Jahre erfolgen. Nicht nur für unsere wertvollen vier Jahreszeiten, sondern für gesunde Lebensgrundlagen auch für unsere Nachkommen. Deshalb ist Klimaschutz ein Menschenrecht.